

Medienmitteilung

Bern, 18. Mai 2026

HIV kritisiert Bericht zur Kirchensteuer – jetzt ist der Grosse Rat gefordert

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern (HIV) übt nach vertiefter Prüfung Kritik am überarbeiteten Bericht des Regierungsrats zur Kirchensteuer für juristische Personen. Trotz klarer Aufträge des Grossen Rates bleibt die Forderung nach Freiwilligkeit unzureichend geprüft. Nun liegt es am Parlament, den Bericht kritisch zu würdigen und die Weichen für eine echte Reform zu stellen.

Rückweisungsauftrag nur halbherzig umgesetzt

Der Grosse Rat hatte den Regierungsrat beauftragt, die Variante der freiwilligen Zuwendung vertieft und szenariobasiert zu prüfen. Zwar enthält der neue Bericht zusätzliche Ausführungen (plus 2 Seiten), eine echte, umfassende Analyse fehlt jedoch weiterhin. Statt verschiedene Entwicklungspfade zu untersuchen, konzentriert sich der Bericht fast ausschliesslich auf mögliche Einnahmeausfälle und Risiken für die Kirchen. Zentrale Fragen werden ausgeblendet: Weder ein möglicher Lastenausgleich zwischen Kirchgemeinden noch Leistungsvereinbarungen oder neue Finanzierungsmodelle werden konkret geprüft. Auch Ansätze wie stärkere Zusammenarbeit oder der Ausbau freiwilliger Beiträge bleiben weitgehend unerwähnt.

Einseitige Perspektive statt ausgewogene Analyse

Der Bericht zeichnet erneut ein deutlich negatives Bild eines Einnahmeeinbruchs bei einer freiwilligen Lösung, obwohl gleichzeitig bestätigt wird, dass diese rechtlich möglich ist und Umsetzungsmodelle bestehen. Eine ausgewogene Betrachtung von Effizienzpotenzialen oder alternativen Finanzierungsansätzen bleibt aus. Dies zeigt sich etwa beim Verweis auf den Kanton Neuenburg: Dort zahlen rund 5 % der Unternehmen Beiträge, doch sagt diese absolute Zahl nichts über die tatsächliche Höhe der Einnahmen aus. Die im Bericht aufgeführten Schätzungen zu Minderausgaben von jährlich rund CHF 31,0 bis 35,8 Mio. greifen zu kurz, da nicht die Anzahl der zahlenden Unternehmen entscheidend ist, sondern deren ausgewiesener Gewinn.

Ungerechte Lastenverteilung bleibt unangetastet

Der Regierungsrat will weiterhin lediglich an einer Freigrenze für kleine und mittlere Unternehmen festhalten. Unbestritten bleibt: Rund 3 % der Unternehmen tragen etwa 80 % der Kirchensteuererträge. Für den HIV ist dies nicht akzeptabel. „Der Bericht blendet die Realität aus: Eine kleine Minderheit von Unternehmen finanziert einen grossen Teil des Systems – ohne Mitsprache und Wahlmöglichkeit. Das ist weder gerecht noch zukunftsfähig“, sagt Henrik Schoop, Direktor des HIV.

Finanzielle Spielräume nicht dargelegt

Der Bericht zeigt selbst, dass die Kirchgemeinden insgesamt über eine solide finanzielle Basis verfügen und regelmässig positive Ergebnisse, im Schnitt jährlich 30 Mio. Franken, erzielen. Diese Ausgangslage wird jedoch zu wenig genutzt: Mit klarer Priorisierung, Effizienzsteigerungen, Fundraising und verstärktem Einsatz freiwilliger Arbeit können Herausforderungen abgefedert werden. Auch neue Formen der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bleiben unzureichend geprüft.

Jetzt ist die Politik am Zug

Der HIV fordert den Grossen Rat auf, den Bericht kritisch zu prüfen und konsequent auf eine freiwillige Lösung hinzuwirken. Was für natürliche Personen gilt, muss auch für Unternehmen gelten: Kirchenbeiträge sollen auf Freiwilligkeit beruhen. Jetzt ist die Zeit für eine Systemkorrektur.

Weitere Informationen:

Henrik Schoop, Direktor HIV Kanton Bern, 079 790 30 48